



An den Grossen Rat

09.5103.03

BVD/P095103  
Basel, 3. Juli 2013

Regierungsratsbeschluss vom 2. Juli 2013

## Anzug Stephan Luethi-Brüderlin und Konsorten betreffend „Mobilitätsmanagement“

Der Grosse Rat hat an seiner Sitzung vom 11. Mai 2011 vom Zwischenbericht des Regierungsrates Kenntnis genommen und dem Antrag des Regierungsrates folgend den nachstehenden Anzug Stephan Luethi-Brüderlin und Konsorten stehen lassen und dem Regierungsrat zum erneuten Bericht überwiesen:

„Der Kanton Basel-Stadt beschäftigt knapp 17'000 Angestellte (Zahlen gem. Stat. Amt BS aus dem Jahre 2007). Diese Personen pendeln zu Fuss, mit dem Velo, dem ÖV oder mit dem Auto zwischen ihrem Wohnort und der Arbeitsstelle.

Als Arbeitgeber, der sich zum Ziel gesetzt hat auf einen nachhaltigen Umgang mit den Ressourcen hinzuwirken (Stichwort 2000-Watt-Gesellschaft und klimaneutrale Verwaltung), würden es die Unterzeichnenden begrüssen, wenn der Kanton Basel-Stadt das Thema Mitarbeitermobilität thematisieren und zusammen mit den Mitarbeitenden ein Mobilitätsmanagement erstellen würde.

Als positives Beispiel in dieser Richtung hat das Claraspital im vergangenen Jahr mit einer Arbeitsgruppe Anregungen und Massnahmen erarbeitet, welche die Mitarbeitenden unterstützt, ihre gewohnte Verkehrsmittelwahl für den Arbeitsweg zu überprüfen und gegebenenfalls auf gesundheitsfördernde und/oder umweltfreundliche Verkehrsmittel umzusteigen. Die Unterzeichnenden bitten den Regierungsrat zu prüfen und zu berichten:

- ob er bereit ist, zusammen mit den Kantonsangestellten das Thema Mitarbeitermobilität zu thematisieren
- ob er das Ziel „Klimaneutrale Verwaltung“ auch auf die Mobilität (Arbeits- und Dienstwege) seiner Mitarbeiter ausweiten kann
- ob er mit adäquaten Massnahmen (Mobilitätsmanagement) einen Beitrag zur Gesundheitsförderung des Personals sowie zur Rücksichtnahme auf die Umwelt bewirken kann
- ob durch infrastrukturelle Verbesserungen (z.B. gedeckte abschliessbare Abstellplätze, Steckdosen für E-Bikes usw.) oder durch eine Anpassung der Verordnung über die Dienstfahrten weitere Anreize zum Umsteigen geschaffen werden können
- ob er ein Anreizsystem schaffen kann, das die klimaneutralen Fortbewegungsarten (ÖV, zu Fuss, Velo) belohnt.

Stephan Luethi-Brüderlin, Brigitte Heilbronner, Patrizia Bernasconi, Christoph Wydler, Helen Schai-Zigerlig, Urs Müller-Walz, Jörg Vitelli“

Wir berichten zu diesem Anzug wie folgt:

## 1. Ausgangslage

In seinem Bericht zu diesem Anzug an den Grossen Rat vom 11. Mai 2011 hat der Regierungsrat darauf hingewiesen, dass ein extern erarbeitetes Grobkonzept vorliege und damit eine Basis bestehe für einen Ausbau des Mobilitätsmanagements in der kantonalen Verwaltung im Sinne des vorliegenden Anzuges. Dieses Konzept, das sowohl für Arbeits- als auch Dienstwege Massnahmen vorsieht, erfordert vor einer Umsetzung weitere vorbereitende Konkretisierungen auf inhaltlicher und organisatorischer Ebene. Die Planung und Finanzierung dieser weiteren Arbeitsschritte konnte aufgrund fehlender personeller Ressourcen noch nicht in Angriff genommen werden.

Bereits jetzt – auch ohne ein übergreifendes Gesamtkonzept Mobilitätsmanagement für die Kantonsverwaltung Basel-Stadt – bieten eine Vielzahl von Arbeitsstellen Massnahmen zur Förderung der Nutzung umweltfreundlicher Verkehrsmittel für Arbeits- und Dienstwege ebenso wie zur Gesundheitsförderung an. Dies schlägt sich auch in der 2009 im Rahmen der Bestandesaufnahme zum extern erarbeiteten Gesamtkonzept ermittelten Verkehrsmittelnutzung der Staatsangestellten nieder, die einen tiefen Anteil des motorisierten Individualverkehrs für Arbeits- und Dienstwege aufweist.

Der bereits sehr gute Modal Split für ÖV, Velo- und Fussverkehr bei gleichzeitig wenig Parkierungsflächen im Eigentum des Kantons ist im Hinblick auf eine kostendeckende Umsetzung von Mobilitätsmanagement in der Kantonsverwaltung Basel-Stadt eine „ungünstige“ Ausgangssituation. Dies insofern, als in der Regel finanzielle Anreize bzw. Boni für eine Nutzung von ÖV, Velo oder das zu Fuss Gehen durch die Erlöse einer Parkraumbewirtschaftung finanziert werden. Eine solche Querfinanzierung wäre im Fall Basel-Stadt nicht möglich, so dass die einmaligen Kosten für die Konzeptphase ebenso wie die wiederkehrenden Kosten für die Umsetzung anderweitig finanziert werden müssten.

## 2. Aktuelle Entwicklungen

Das Programm des Bundes für ein Mobilitätsmanagement für Unternehmen ist Ende 2012 ausgelaufen. Das zuständige Bundesamt für Energie (BfE) lässt zurzeit in einer umfassenden Evaluation die Ergebnisse überprüfen. Darauf aufbauend wird Ende 2013 über die Fortsetzung und Ausrichtung des Programms entschieden.

Der Kanton Basel-Stadt hat sich bisher an diesem Programm beteiligt, indem er interessierten Unternehmen aus Basel-Stadt mit mehr als fünfzig Arbeitnehmenden gemeinsam mit dem BfE eine Erstberatung finanziert hat. Die Begrenzung von Mobilitätsmanagement auf den Perimeter des Kantonsgebiets war dabei wenig zielführend. Bereits im Agglomerationsprogramm wurde Mobilitätsmanagement daher als agglomerationsweite Massnahme definiert. Aktuell wird daher in der Diskussion zur Weiterentwicklung des Agglomerationsprogramms Basel die mittelfristige Bearbeitung auf überkantonalen bzw. grenzüberschreitender Ebene vorbereitet.

Diese beiden Entwicklungen machen eine Neuausrichtung des Mobilitätsmanagement als verkehrlichem Handlungsfeld des Kantons kurz- bis mittelfristig nötig. Hierbei muss auch das Mobilitätsmanagement für die Kantonsverwaltung neu aufgegleist werden. Dies ist deshalb

besonders wichtig, damit der Kanton – mit der Verwaltung als Vorbild – gegenüber anderen Unternehmen glaubwürdig Empfehlungen und Auflagen formulieren kann.

### 3. Weiteres Vorgehen

Im Bau- und Verkehrsdepartement (BVD) sind bereits einige Elemente eines Mobilitätsmanagements für die Verwaltung umgesetzt. Das Bau- und Verkehrsdepartement startet als Pilotbetrieb die Einführung eines umfassenden Mobilitätsmanagements. Dabei sollen die nachfolgend genannten Aspekte überprüft und soweit notwendig im Hinblick auf Anreize zur Benutzung umweltfreundlicher Verkehrsmittel optimiert werden.

- Betrieblicher Fahrzeugpark für Dienstfahrten (Auto und Velos)
- Parkierungssituation für Autos, Motorräder und Velos
- Sonstige Infrastruktur zur Förderung des Fuss- und Veloverkehrs
- Information und Bewusstseinsbildung
- Finanzielle Anreize (Beiträge und/oder Gebühren)

### 4. Antrag

Aufgrund dieses Berichts beantragen wir, den Anzug Stephan Luethi-Brüderlin und Konsorten betreffend „Mobilitätsmanagement in der Verwaltung“ erneut stehen zu lassen.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Dr. Guy Morin  
Präsident



Barbara Schüpbach-Guggenbühl  
Staatsschreiberin